

Interview mit Olaf in der Beek

Olaf in der Beek, FDP
Nordrhein – Westfalen
Obmann

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Ordentliches Mitglied

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare
Sicherheit



Interview am 12.09.2019 geführt von Annabell Krohn

1. Was ist ihre persönliche Meinung zu den Fridays for Future Demonstrationen?

Ich finde die Fridays for Future Demonstrationen sehr gut, weil sie das Thema Klimaschutz verstärkt auf die politische Agenda setzen. Es ist erfreulich, dass der Bundestag nun von jungen, politisch engagierten Leuten mit Nachdruck dazu aufgefordert wird, klimapolitische Konzepte zu entwickeln, die zukunftsgerichtet sind. Richtig ist aber auch: Wer Fridays for Future-Demos ernst nimmt, der muss sich auch mit ihren Forderungen kritisch auseinandersetzen und ein konsensfähiges Klimakonzept vorlegen.

2. Halten Sie die Forderungen der Fridays for Future Demonstranten von der Einhaltung des Pariser Abkommens und des 1,5°C-Ziels für realistisch?

Die Forderung das Pariser Abkommen einzuhalten ist kein Alleinstellungsmerkmal der Fridays for Future-Bewegung. Auch der Deutsche Bundestag hat das Pariser-Klimaabkommen ratifiziert. Ich halte das Ziel für realistisch, solange wir einen Klimakonsens auf internationaler Ebene finden. Das 1,5 Grad-Ziel ist ambitioniert, aber es ist zu erreichen, wenn wir uns international möglichst breit aufstellen und entsprechende Klimaschutzmaßnahmen implementieren. Deutschland alleine wird durch „Klimanationalismus“ nicht das Weltklima retten. Das gehört zur Wahrheit dazu und das muss man sich leider eingestehen.

3. Können wir den Klimawandel überhaupt noch aufhalten und wenn ja, welche Maßnahmen müssten wir dafür noch in dieser Legislaturperiode umsetzen?

Zunächst einmal ist klarzustellen: Ja, der Klimawandel ist noch aufzuhalten. Dies belegt auch der Sonderbericht des Weltklimarates (IPCC). Allerdings sind auf internationaler Ebene große internationale Anstrengungen vonnöten.

Ob die entscheidenden Maßnahmen schon in dieser Legislaturperiode ergriffen werden hängt ganz stark von der Bundesregierung ab. Die Kanzlerin ist seit vorgestern (10.09.2019) auch für eine Ausweitung des europäischen Emissionshandels, was aus unserer Sicht begrüßenswert ist. Hier haben wir Freie Demokraten wieder als „Service-Opposition“ einen entscheidenden Anteil. Wir werben schon seit geraumer Zeit für eine marktwirtschaftliche Lösung, indem wir uns auf europäischer Ebene für eine CO₂-Obergrenze aussprechen und die Sektoren Verkehr und Wärme mit in den Emissionshandel einbeziehen wollen. Wenn wir 2050 klimaneutral und möglichst emissionsfrei leben wollen, dann brauchen wir das Lenkungsinstrument der CO₂-Obergrenze im Rahmen des Emissionszertifikatehandels – bestenfalls auch über die EU hinaus. Dieses CO₂-Limit wird dann stetig bis 2050 reduziert, um das EU Ziel von 80-95 % weniger Treibhausgasemissionen verglichen mit dem Referenzjahr 2050 zu erreichen. Somit schaffen wir Anreize bei Unternehmen und fördern den Innovations- und Forschungsgeist nach alternativen Technologien - ein Umdenken würde stattfinden. Um dieses Beispiels zu verdeutlichen: Wenn ein Schiffsredner Waren über die Weltmeere schippern muss und feststellt, dass dies in 5 Jahren aufgrund der teuren Zertifikate nicht mehr rentabel ist, dann wird er höchstwahrscheinlich von sich aus in neue Energieformen oder Antriebsformen investieren. Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass wir durch Verbote nicht weiterkommen. Es sollte uns Menschen nicht interessieren, was wir irgendwie verhindern oder verbieten können, sondern wir müssen nach technischen Lösungen suchen, die die Menschheit voranbringen. Es nützt uns nichts, wenn wir irgendetwas verbieten und dadurch unsere Wirtschaft ins Wanken bringen. Der Wohlstand, den wir uns hart erarbeitet haben, den müssen wir auch erhalten.

Der für mich faszinierende Punkt in der Klimadebatte geht leider in der ganzen Verbots- und Verzichtsdebatte völlig unter: Klimaschutztechnologien. Es sollte meiner Meinung nach das erklärte Ziel der Bundesrepublik Deutschland sein in diesem Bereich zum Exportschlager zu werden. Momentan sind Länder wie die Schweiz und Australien führend in der Forschung und Entwicklung von CO₂-Entnahmetechnologien. Daran sollten wir uns orientieren, um die großen Potentiale für den Technologiestandort Deutschland zu nutzen. Wenn wir weltweit mit sauberer Technologie handeln würden, dann wäre das nicht nur ein gelungener Beitrag für den Klimaschutz, sondern auch ein großer Vorteil für uns. Zum einem würden wir die Menschheit ein Stück weiterentwickeln. Zum anderen käme dies auch Deutschland zugute. Auf diese Weise könnten weitere Arbeitsplätze geschaffen werden und neue Wirtschaftszweige aufgebaut werden. Kurzum: Ich werbe für eine ganzheitliche Klimapolitik, die auf Nachhaltigkeit und soziale Ausgewogenheit ausgerichtet ist.

4. Schaffen wir die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens bis zu dem Ultimatum, was wir uns gesetzt haben?

Ja, ich denke schon. Wie bereits eingangs erwähnt sind die Pariser Klimaziele, auch nach Einschätzung der Wissenschaftler, nach wie vor zu erreichen. Klar ist, es besteht akuter

Handlungsbedarf. Ich glaube wir sind zwar spät dran, aber auf jeden Fall noch früh genug, um richtig zu handeln. Ich erinnere mich noch sehr gut daran, wie die Bundesregierung vorgegeben hat ihre Klimaziele für 2020 zu erreichen, als ich 2017 frisch ins Parlament eingezogen bin. Dabei war zu der Zeit eigentlich jedem klar, dass es nicht mehr möglich ist. Leider klafft hier das Wunschdenken der Bundesregierung mit den Ergebnissen in der Realität weit auseinander. Ich bin gespannt, ob die Bundesregierung die Klimaziele 2030 erreichen wird. Das wären 55 % weniger Treibhausgase als im Referenzjahr 1990. Wichtig ist, dass wir schnellstmöglich die gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen und die Forschung und Entwicklung von Klimaschutztechnologien vorantreiben, um 2030 nicht mit leeren Händen dazustehen.

5. Bündnis 90/ Die Grünen fordern eine Steuer auf den CO₂ – Ausstoß (40€ pro Tonne CO₂) und ein Energiegeld von 100 €, wäre das umsetzbar und würde das ein höheres bewusst sein der Bevölkerung im Thema Klimawandel schaffen?

Einer CO₂-Steuer erteile ich entschieden eine klare Absage. Die 40 Euro pro Tonne halte ich für völlig aus der Luft gegriffen. Warum sind es nicht 29 Euro? Warum sind es nicht 129 Euro? Letztendlich ist der Preis willkürlich gesetzt und ohne CO₂-Obergrenze wirkungslos. Zudem darf man bei einer CO₂-Steuer nicht außer Acht lassen, dass es die sozialen Ungleichheiten verschärfen könnte. Wieso wollen wir den hart arbeitenden Mittelstand zusätzlich belasten, wenn wir bereits vielversprechende innovative Klimaschutztechnologien haben? Die CO₂-Steuer ist auch deswegen unwirksam, weil es eine nationale Steuer ist, die keine Lenkungswirkung auf europäischer geschweige denn internationaler Ebene hat. Das heißt, wir brauchen einen effizienten EU-weiten Klimaschutz. Lasst uns also den Emissionszertifikatehandel, wie oben beschrieben, weiter ausbauen und die Forschung und Entwicklung von Klimaschutztechnologien vorantreiben.

6. Die Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) sagte laut der Zeit Online (17.08.2019), dass sie die Sanktionierung der Teilnahme an den Freitagsdemonstrationen sehr zurückhaltend ansetzen würde. Würden Sie dem zustimmen und wie sähe eine mögliche Sanktionierung ihrer Meinung nach aus bzw. würden Sie es überhaupt sanktionieren?

Ich denke man sollte hier sorgfältig differenzieren: Sanktionieren muss man es, das hört sich jetzt vielleicht etwas „kalt“ an, ist aber nicht „kalt“ gemeint. Wir haben eine Schulpflicht in Deutschland und diese Schulpflicht ist zu erfüllen. Das soll aber nicht heißen, dass die Anliegen der Fridays-for-Future Demos nicht berechtigt sind. Richtig ist aber auch, dass man auch am Samstag oder nach der Schulzeit demonstrieren kann. Zudem ist es meiner Meinung nach nicht der Auftrag der Lehrer mit Kindern zu einer Demonstration zu gehen.

⇒ Wie würden Sie das ganze Sanktionieren?

Dafür haben wir gesetzliche Grundlagen. Ich bin kein Jurist, von daher kann ich darüber im

Detail keine Auskunft geben. Ich würde auf jeden Fall erst einmal mit milden Sanktionen anfangen. Entscheidend ist, dass das Rechtsstaatprinzip als elementarer Bestandteil der demokratischen Grundordnung gestärkt wird.

⇒ Wie kann es sein das bei Schulen so unterschiedlich gehandhabt wird?

Das liegt am Föderalismus der BR Deutschland. Das heißt wir können als Bundestagsabgeordnete keine Sanktionen aussprechen, die beispielsweise in Brandenburg, oder in NRW angewandt werden. Das ist nach derzeitiger Gesetzeslage Ländersache. Allerdings sind die Länder nicht allein verantwortlich, sondern auch die Regierungsbezirke haben einen entscheidenden Anteil. Die Abstimmung findet also momentan auf einer anderen Ebene statt. Wir Freie Demokraten plädieren daher für eine Reform des Bildungsföderalismus, um mehr einheitliche Standards im Schulwesen zu etablieren.

7. In Brandenburg und Sachsen waren am 01.09.2019 Landtagswahlen. An vielen Schulen wurden deshalb vorab Juniorwahlen durchgeführt. In Brandenburg wählten 33,5% der Schüler die Grünen, als stärkste Kraft, und die AfD wurde mit 12,7%, als zweitstärkste Kraft. In Sachsen wählten 25,6% der Schüler die Grünen, als stärkste Kraft, und auch hier wurde die AfD zweitstärkste Kraft, mit 13,8%. Wie können Sie sich das erklären das so viele Jugendliche die Partei wählen die weitgehend den Klimawandel leugnet?

Ob man das aufgrund des Klimawandels erklären kann, halte ich für vage. Ich würde dem nicht zustimmen, weil ich glaube dass die AfD-Wähler andere Gründe hatten. Die haben dies eher aus migrationspolitischen Beweggründen getan oder auch aus national gesinnten Gründen etc., aber nicht aus Klimaschutzgründen. Ich glaube, das trifft eher bei Schüler * innen zu, die die Grünen gewählt haben. Die Grünen stehen, ähnlich wie wir für Digitalisierung, für Klima und ob die Forderungen berechtigt sind, ist den Schülern erst einmal egal. Wir müssen jetzt an dem „Wie“ arbeiten und dann werden auch die Ergebnisse von allen bürgerlichen Parteien wieder besser. Wenn das „Wie“ angekommen ist, dann müssen wir uns für den Weg entscheiden: „Wie wollen wir den Klimawandel aufhalten?“. In diesem Punkt kann es durchaus unterschiedliche Meinungen geben und auch unterschiedliche Rezepte. Eines muss man klar sagen: Es kann nicht ein Rezept sein, was überhaupt nicht geprüft worden ist und was nur auf Entzug und Verboten beruht. Gerade in dieser Phase der Politik müssen verschiedene Klimakonzepte, darunter auch marktwirtschaftliche Politikkonzepte, auf das Tableau der Verhandlung kommen. Das ist eine Sache, die ich sehr natürlich finde. Ich habe in NRW verschiedene Podiumsdiskussionen zur Europawahl gemacht. Da war es teilweise so, dass vor den einzelnen Diskussionen nach Parteizustimmung gefragt worden ist. Wir lagen da immer bei 3 – 4%. Als wir dann aber unser Konzept mit der CO₂ – Obergrenze und dem Emissionszertifikatehandel erklärt hatten, waren es in der anschließenden Abstimmung 17-18% Zustimmung für die FDP. Wir arbeiten also weiterhin optimistisch daran, dass unser Klimakonzept von der breiten Gesellschaft wahrgenommen wird.

8. In Brasilien brennen derzeit tausende Quadratmeter des Regenwaldes. Das Feuer wurde wahrscheinlich durch Farmer entzündet, die neue Weideflächen wollten. Man sagt zum Regenwald auch „die grüne Lunge des Planeten“. Müsste man den Regenwald nicht mehr schützen, um genau so etwas zu verhindern? Wäre es nicht eine Möglichkeit, wenn man den Farmern anderwärtig Arbeit gibt z.B. in dem sie sich um den Wald kümmern?

Wir haben dazu ein sehr umfassendes Konzept. Mein Kollege Herr Hoffmann, der auch bei mir im Ausschuss sitzt, hat dazu ein sehr gutes Konzept entwickelt. Das ist beispielsweise ein Bereich, den man über neue Technologien, über Digitalisierung, lösen kann. Wir plädieren hier für eine Aufforstungsprämie. Das heißt für jeden aufgeforsteten Baum, der fotografiert und über JPS geortet werden kann, bekommt der Landwirt Geld. Die grüne Lunge ist, wie Sie schon gesagt haben, eine elementar wichtige CO₂-Senke und wichtiger Bestandteil der weltweiten Klimapolitik. Man sollte die Kleinbauern bei der ganzen Debatte nicht verteufeln, sondern sich bewusst sein, dass sie schlicht und ergreifend eine Lebensgrundlage benötigen. Wir müssen ihnen also Wege aufzeigen und ihnen die Möglichkeiten ebnen, dass auch ein „Waldbauer“ geschätzt wird und er dasselbe verdienen kann wie mit seiner Landwirtschaft. Und dies muss im Rahmen der Weltgemeinschaft geleistet werden!

9. In Deutschland sind seit 2018 110.000 ha Wald verloren gegangen. Warum wurden bis jetzt keine Maßnahmen ergriffen um den Wald zu retten? Welche Maßnahmen müssen jetzt ergriffen werden um den Wald zu retten bzw. wieder aufzuforsten?

Es ist richtig, dass die Waldbesitzer hier seit Jahren sträflich in Stich gelassen werden und große Defizite vorliegen. Wir müssen ihnen in Deutschland eine lukrative Möglichkeit geben, Wald wieder aufzuforsten. Auch hier bedarf es Förderprogramme und Aufforstungsprojekte. In diesem Zusammenhang möchte ich betonen, dass die „grüne Lunge“ ein gesamtgesellschaftliches Anliegen ist, dass uns alle als Bürger etwas angeht. Daher unterstütze ich beispielsweise eine Initiative aus meinem Wahlkreis und meiner Heimatstadt Bochum, die sich auch im urbanen Bereich für punktuelle Aufforstungen bzw. sogenanntes „Greening“ einsetzt.